



Teilzeit-Boom schafft Pensionsprobleme

SOZIALPOLITIK. *Haubner kündigt Verbesserung für Pflegekräfte an. Zuverdienst beim Kindergeld bleibt umstritten*

VON ERNST SITTINGER

GRAZ. Die Zahl der Teilzeit-Arbeitsplätze steigt in Österreich rasch an. Laut Prognosen könnten zu Jahresende 2005 bereits ein Viertel aller Beschäftigungsverhältnisse Teilzeitposten sein. Damit wäre deren Zahl seit 2001 von damals 500.000 auf 800.000 gestiegen. Betroffen seien hauptsächlich Frauen, die im Zuge ihrer „Babypause“ die Arbeit zurückschrauben, hieß es am Dienstag auf einer Enquete zum Thema Frauenbeschäftigung und Frauenpensionen in Graz.

Die Teilzeit ist demnach nicht Ausdruck einer vermehrten Einbindung der Frauen in die Arbeitswelt, im Gegenteil: Viele Mütter würden aufgrund der kumulierten sozialen Anreize Vollzeitjobs in Teilzeit umwandeln. „Sie rechnen sich aus, wie viele Wochenstunden sie arbeiten dürfen, um das Kindergeld zu behalten“, so der Sozialexperte Bernd Marin.

Eine hoch gebildete Frauengeneration würde so aus dem Arbeitsmarkt gedrängt – mit fatalen Folgen für die Pensionshöhe. Marin regt an, vor allem „vollzeitnahe Teilzeit“ zu fördern, aber nicht geringfügige Beschäftigung. Diese münde meist in den Karriereknick.

Debatte um das Kindergeld

Ins Zentrum der Debatte rückte auf der Tagung die Zuverdienstgrenze beim Kindergeld. Marin will sie aufheben. Sozialministerin Ursula Haubner verwies auf die laufende Evaluierung bis Jahresende, „danach schauen wir, ob wir hier noch Verbesserungen machen müssen.“ Betont zurückhaltend äußerte sich Frauenministerin Maria Rauch-Kallat: „Man kann die Grenze erhöhen, wenn es finanzierbar ist. Aber wenn dann 100.000 Väter sechs Monate lang Kinderbetreuungsgeld bekommen, ohne ihre Arbeitszeit einzuschränken und für ihre Kinder etwas zu tun, dann haben wir das Ziel verfehlt.“ Das Kindergeld würde auf diesem Weg zu einer erhöhten Familienbeihilfe gemacht.

Dagegen hätte Marin nichts einzuwenden: „Was wäre schlecht daran, wenn man für die Dauer der Elternschaft bessere Bedingungen einräumt – und zwar gleichgültig, ob die Eltern arbeiten?“ Marin verwies darauf, dass das genormte Kinderbetreuungsgeld derzeit vor

allem für schlecht Verdienende attraktiv sei; der Mittelstand dagegen würde „aus dem Kinderkriegen hinaus subventioniert“.

Rauch-Kallat bietet andere Rezepte zur Verbesserung der sozialen Lage von Frauen an: Angesichts der Tatsache, dass 70 Prozent der Mädchen noch immer in schlecht bezahlte Lehrberufe wie Verkäuferin drängen, müsse man technische Berufe für sie attraktiver machen. Soziale Arbeit müsse „genauso entlohnt werden wie schwere körperliche Arbeit.“

Haubner kündigte an, die Anrechnung von „Familienzeiten“ für die Pension weiter zu verbessern. Die begünstigte Weiterversicherung bei Pflege (der Staat zahlt die Dienstgeberbeiträge, wenn man Angehörige pflegt) soll es nicht nur bei Aufgabe des Berufs geben, sondern auch bei Teilzeit. Haubner: „Familienzeiten sind gleichzusetzen mit Erwerbszeiten, das ist ein Gebot der Stunde.“